

Heusch/Kaster/Petschulat

Baukammerngesetz Nordrhein-Westfalen

Kommentar



1. Auflage

 VERLAG
RECKINGER

Baukammergesetz Nordrhein-Westfalen

Kommentar zum Gesetz über
die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und
die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen

von

Prof. Dr. Andreas Heusch

Präsident des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs
für das Land Nordrhein-Westfalen
Vorsitzender des Wahlausschusses
der Ingenieurkammer-Bau NRW

und

Prof. Dr. Georg Kaster

Professor für Staatsrecht und öffentliches Bau- und Planungsrecht
an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW
Vorsitzender des Eintragungsausschusses
der Ingenieurkammer-Bau NRW

und

Dr. Alexander Petschulat

Justiziar
Leiter des Rechtsreferats der Ingenieurkammer-Bau NRW

1. Auflage 2025

Vorwort

Architektenkammer und Ingenieurkammer-Bau, die beiden Baukammern des Landes Nordrhein-Westfalen, sind die Träger der in ihnen zusammengeschlossenen Angehörigen der jeweiligen Berufsgruppen. Die Baukammern sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts mitgliederschaftlich verfasst. Dies entspricht dem wesentlichen Gedanken der funktionellen Selbstverwaltung. Die Mitglieder der jeweiligen Berufsgruppen sollen über die sie betreffenden Angelegenheiten grundsätzlich selbst bestimmen. Diese Selbstbestimmung in eigenen Angelegenheiten ist der freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes gemäß. Der Staat enthält sich einer Reglementierung, soweit die Betroffenen ihre Angelegenheiten verantwortlich selbst regeln können. Und doch bedarf es des Staates: Zur Konstituierung der Baukammern, der Regelung der Mitgliedschaft, der Ausgestaltung der inneren Ordnung sowie der Zuweisung der konkreten Aufgaben. Auch soweit nicht nur die Interessen der Berufsträger, sondern auch staatliche Interessen oder Belange Dritter bzw. der Allgemeinheit berührt sind, kann auf inhaltliche Vorgaben nicht verzichtet werden. Der Staat bleibt – wie vor allem auch die staatliche Aufsicht als Korrelat der Selbstverwaltung zeigt – in der Verantwortung. Das Land hat die Baukammern nicht nur durch staatlichen Akt geschaffen, sondern auch den notwendigen normativen Rahmen vorgegeben. Das Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammergesetz – BauKaG NRW) wurde mit Wirkung zum 14. März 2022 grundlegend novelliert. Dieses Gesetz ist die aktuelle Grundlage der Tätigkeit der Baukammern im Land. Es wird ergänzt durch die autonomen Satzungen und sonstigen Regelungen, die sich die Baukammern im Rahmen ihrer Selbstverwaltung gegeben haben.

Die Autoren, die – mit unterschiedlicher Perspektive – aus der Praxis der Tätigkeit für die Ingenieurkammer schöpfen können, würden sich freuen, wenn der vorliegende Kommentar bei der Auslegung und Anwendung der maßgeblichen Vorschriften des Baukammergesetzes herangezogen und in diesem Sinne als ein Beitrag zu einer verantwortlichen und vitalen Kammertätigkeit wahrgenommen wird. Zugleich soll er ein Ratgeber für die behördliche, anwaltliche und gerichtliche Praxis sein, aber vor allem auch den Mitgliedern der Baukammern und anderen interessierten Bürgern das Verständnis des Gesetzes erleichtern.

Die Autoren danken den Mitarbeitern der Geschäftsstelle der Ingenieurkammer-Bau NRW für die Unterstützung sowie dem Verlag W. Reckinger für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit. Im Rahmen des gemeinsamen Werks ist jeder Autor allein verantwortlich für seinen Beitrag. Anmerkungen und Anregungen von Nutzern und Lesern sehen wir gerne entgegen (petschulat@ikbaunrw.de).

Düsseldorf, im September 2025

Andreas Heusch

Georg Kaster

Alexander Petschulat

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Bearbeiterübersicht	VI
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXV

Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammergesetz – BauKaG NRW)

Teil 1 Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen

§ 1 Baukammern und Mitgliedschaft	1
I. Baukammern als Körperschaften (Abs. 1)	2
II. Architektenkammer NRW (Abs. 2)	3
III. Ingenieurkammer-Bau NRW (Abs. 3)	5
IV. Pflichtmitglieder der Ingenieurkammer-Bau NRW (Abs. 4)	6
V. Freiwillige Mitglieder der Ingenieurkammer-Bau NRW (Abs. 5)	9
VI. Doppelmitgliedschaft (Abs. 6)	16
§ 2 Aufgaben der Baukammern	17
I. Bauliche Gestaltung und Technik	18
II. Pflichtaufgaben (Abs. 1 Satz 3)	20
III. Weitere Aufgaben und Befugnisse	53
§ 3 Zusammenarbeit und Bildung des Gemeinsamen Ausschusses	55
§ 4 Aufsichtsbehörde	58
I. Überblick	58
II. Wesen und Bedeutung der Aufsicht	59
III. Aufsichtsrechtsverhältnis	62
IV. Gegenstand und Maßstab der Aufsicht	63
V. Allgemeine Grundsätze des Aufsichtshandelns	66
VI. Aufsichtsmittel	72
VII. Rechtsschutz gegen Aufsichtsmaßnahmen	83
§ 5 Versorgungswerk	85
I. Allgemeines	86
II. Verhältnis zur Deutschen Rentenversicherung	87
III. Struktur der Versorgungswerke	90

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Organe der Baukammern	97
I. Organe der Baukammern (Abs. 1)	97
II. Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in einem Organ einer Baukammer (Abs. 2)	98
III. Status der Mitglieder der Organe (Abs. 3)	102
IV. Freistellungsregelung (Abs. 4)	103
V. Organstreitigkeiten	104
§ 7 Vertreterversammlungen	106
I. Vertreterversammlung als Hauptorgan	106
II. Zusammensetzung der Vertreterversammlung	107
III. Wahl zur Vertreterversammlung	109
IV. Obligatorische Vertreterversammlung (Abs. 5)	119
V. Geschäftsordnung der Vertreterversammlung	119
§ 8 Aufgaben der Vertreterversammlungen	120
I. Allgemeines	120
II. Katalog der obligatorischen Zuständigkeiten der Vertreter- versammlung	122
III. Fakultative Erweiterung der Zuständigkeiten (Abs. 2)	128
IV. Mindestinhalt der Hauptsatzung	129
V. Mehrheitserfordernisse	131
VI. Öffnung für Onlineformate	132
§ 9 Vorstände	135
I. Wahl und Zusammensetzung des Vorstands (Abs. 1)	135
II. Vertretung der Kammer (Abs. 2)	137
III. Führung der Geschäfte der Kammer (Abs. 3)	139
IV. Schriftformerfordernis	141
§ 10 Satzungen	143
I. Satzungsautonomie	143
II. Verfahren	144
III. Obligatorische Satzungen	145
IV. Fakultative Satzungen	149
V. Präventive Kontrolle	150
VI. Rechtsschutz gegen Satzungen	151
§ 11 Hauptsatzungen	153
I. Bedeutung der Hauptsatzung	153
II. Notwendiger Inhalt der Hauptsatzung	153

§ 12 Finanzwesen	161
I. Finanzautonomie der Kammern	161
II. Säulen der Kammerfinanzierung	175
III. Verwaltungssponsoring	177
§ 13 Pflicht zur Verschwiegenheit und Auskünfte	180
I. Allgemeines	182
II. Pflicht zur Verschwiegenheit	182
III. Datenverarbeitung	185
IV. Auskünfte	187
V. Informationsaustausch	190
VI. Berufsanerkennungsrichtlinie	190
VII. Datensparsamkeit	191
§ 14 Einrichtung, Zusammensetzung und Wahl der Eintragungsausschüsse ..	194
I. Allgemeines	194
II. Bestimmungen im Einzelnen	195
§ 15 Tätigkeit der Eintragungsausschüsse	197
I. Allgemeines	197
II. Verfahren im Allgemeinen (Abs. 1)	198
III. Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit (Abs. 2)	198
IV. Sitzungen (Abs. 3)	199
V. Zuständigkeit des Eintragungsausschusses im Rechtsmittelverfahren	201
VI. Gerichtliche Vertretung (Abs. 4)	202
§ 16 Berufsaufgaben	203
I. Allgemeines	203
II. Definition der einzelnen Fachrichtungen (Abs. 1 bis 4)	204
III. Weitere Berufsaufgaben aller Fachrichtungen (Abs. 5)	205
IV. Geistig-schöpferische Tätigkeit (Abs. 6)	205
§ 17 Berufsbezeichnungen	207
I. Allgemeines	207
II. Geschützte Berufsbezeichnungen (Abs. 1)	208
III. Garten- und Landschaftsarchitekt (Abs. 2)	208
IV. Junior-Architekt (Abs. 3)	208
V. Wortverbindungen (Abs. 2)	209
VI. Recht zum Führen akademischer Grade (Abs. 3)	209

§ 18 Führen der geschützten Berufsbezeichnungen durch auswärtige Dienstleister	210
I. Allgemeines	211
II. Anzeigepflicht für auswärtige Dienstleister (Abs. 1)	212
III. Voraussetzungen für das Führen der Berufsbezeichnung ohne Eintragung (Abs. 2)	212
IV. Erforderliche Nachweise (Abs. 3)	213
V. Bescheinigung einer anderen Architektenkammer (Abs. 4)	213
VI. Verzeichnis auswärtiger Dienstleister (Abs. 5)	214
VII. Untersagung des Führens der Berufsbezeichnung (Abs. 6)	214
VIII. Überwachung der Einhaltung der Berufspflichten (Abs. 7)	214
IX. Berufsbezeichnung in anderer Amtssprache (Abs. 8)	214
§ 19 Listen, Verzeichnisse und Register	216
I. Allgemeines	217
II. Architektenlisten, Stadtplanerliste, Listen der Junior-Mitglieder	218
III. Verzeichnis der auswärtigen Dienstleister	218
IV. Verzeichnis der Gesellschaften (Abs. 3)	218
V. Register	218
VI. Zuständigkeit für die Eintragung	219
VII. Antragstellung (Abs. 5)	219
VIII. Verfahren (Abs. 6 und 7)	220
IX. Pflicht des Mitglieds (Abs. 4 und 9)	221
§ 20 Voraussetzungen der Eintragung	222
I. Allgemeines	225
II. Eintragungsvoraussetzungen in die Architektenlisten	226
III. Eintragungsvoraussetzungen in die Stadtplanerliste	228
IV. Umsetzung der Vorgaben der Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG	229
V. Voraussetzungen bei Eintragung in einem anderen Land	230
§ 21 Vorwarnmechanismus	231
§ 22 Versagung und Löschung der Eintragung	232
I. Allgemeines	232
II. Besonderheit	233
§ 23 Berufsaufgaben	234
I. Allgemeines	234
II. Eigenverantwortlichkeit	235
III. Unabhängigkeit	247
IV. Besonderheiten der Berufsaufgaben (Abs. 1)	248

V. Weitere Berufsaufgaben der Beratenden Ingenieure (Abs. 2)	249
VI. Geistig-schöpferische Tätigkeit (Abs. 3)	249
§ 24 Berufsbezeichnung	251
I. Allgemeines	251
II. Geschützte Berufsbezeichnung (Abs. 1)	252
III. Wortverbindungen (Abs. 2)	252
IV. Recht zum Führen akademischer Grade (Abs. 3)	253
§ 25 Führen der geschützten Berufsbezeichnungen durch auswärtige Dienstleister	254
I. Allgemeines	255
II. Anzeigepflicht für auswärtige Dienstleister (Abs. 1)	256
III. Voraussetzungen für das Führen der Berufsbezeichnung ohne Eintragung (Abs. 2)	256
IV. Erforderliche Nachweise (Abs. 3)	257
V. Bescheinigung einer anderen Ingenieurkammer (Abs. 4)	257
VI. Verzeichnis auswärtiger Dienstleister (Abs. 5)	257
VII. Untersagung des Führens der Berufsbezeichnung (Abs. 6)	258
VIII. Überwachung der Einhaltung der Berufspflichten (Abs. 7)	258
IX. Berufsbezeichnung in anderer Amtssprache (Abs. 8)	258
§ 26 Listen und Verzeichnisse	260
I. Allgemeines	261
II. Liste der Beratenden Ingenieure und Beratenden Ingenieurinnen	263
III. Verzeichnis der auswärtigen Dienstleister	265
IV. Verzeichnis der Gesellschaften (Abs. 4)	265
V. Fachlisten	266
VI. Zuständigkeit für die Eintragung	266
VII. Antragstellung (Abs. 6)	267
VIII. Verfahren (Abs. 7 und 8)	268
IX. Pflicht des Mitglieds (Abs. 5 und 11)	268
§ 27 Voraussetzungen der Eintragung	269
I. Allgemeines	269
II. Eintragungsvoraussetzungen in die Liste der Beratenden Ingenieure und Beratenden Ingenieurinnen	270
III. Voraussetzungen bei Eintragung in einem anderen Land	273
IV. Eintragungsverfahren	273
§ 28 Vorwarnmechanismus	274

Inhaltsverzeichnis

§ 29 Versagung und Löschung der Eintragung	276
I. Allgemeines	277
II. Versagungsgründe	277
III. Löschung	282
IV. Verhältnis zu §§ 48, 49 VwVfG NRW	287
§ 30 Gesellschaften	289
I. Allgemeines	291
II. Grundsätzliche Voraussetzungen (Abs. 1 und 2)	292
III. Architekten, Stadtplaner und Beratende Ingenieure zusammen in einer Gesellschaft (Abs. 3)	297
IV. Besonderheiten für ÖbVI	298
V. Löschung (Abs. 6)	300
§ 31 Partnerschaftsgesellschaften und Haftungsbeschränkungen	302
I. Allgemeines	302
II. Eintragung von Partnerschaftsgesellschaften (Abs. 1 und 2)	304
III. Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (Abs. 3)	304
§ 32 Auswärtige Gesellschaften	307
I. Allgemeines	307
II. Einzelheiten der Regelungen	307
§ 33 Berufspflichten	309
I. Allgemeines	310
II. Standesrecht	310
III. Generalklausel	312
IV. Katalog der Berufspflichten	321
V. Eigenverantwortlichkeit und Unabhängigkeit	390
VI. Verhalten außerhalb der beruflichen Sphäre	392
§ 34 Ahndung von Berufsvergehen	395
I. Sanktionsinstrumente	395
II. Ermittlung und Einleitung eines berufsgerichtlichen Verfahrens	397
III. Verjährung von Berufspflichtverstößen	398
§ 35 Berufsgerichtsbarkeit	399
I. Erfasster Personenkreis	399
II. Antragsbefugnis	400
§ 36 Berufsgerichtliche Maßnahmen	402
I. Strafgewalt	403
II. Berufsgerichtliche Maßnahmen	403
III. Auswahl der berufsgerichtlichen Maßnahmen	405

IV. Berufsgerichtliche Verfahren gegen Gesellschaften	406
V. Anwendungsregeln	406
§ 37 Berufsgerichte	411
§ 38 Zusammensetzung der Berufsgerichte	412
§ 39 Bestellung der Berufsrichter	414
§ 40 Ehrenamtliche Beisitzer	415
I. Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer	416
II. Amtsenthebung und Entbindung eines ehrenamtlichen Beisitzers	417
§ 41 Anwendung des Heilberufsgesetzes	418
I. Verweis auf das Heilberufsgesetz (HeilBerG)	418
II. Anwendbarkeit bzw. Modifizierung des Heilberufsgesetz (HeilBerG)	420
§ 42 Ordnungswidrigkeiten	421
I. Titelschutz	421
II. Ahndung	423
§ 43 Rechtsverordnungen	425
§ 44 Übergangsvorschriften	426
§ 45 Inkrafttreten und Außerkrafttreten	427

Anhang

I. Autonome Regelungen der Ingenieurkammer-Bau NRW

1. Aufwandsentschädigungsordnung der Ingenieurkammer-Bau NRW (AEO IngK)	429
2. Beitragsordnung der Ingenieurkammer-Bau NRW (BOIngK)	432
3. Fort- und Weiterbildungsordnung der Ingenieurkammer-Bau NRW (FuWO IngK)	435
4. Gebühren- und Auslagenordnung der Ingenieurkammer-Bau NRW (GAO IngK)	443
5. Gebühren- und Auslagentarif zu § 1 der Gebühren- und Auslagenord- nung der Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (GAT IngK)	445
6. Geschäftsordnung der Vertreterversammlung der Ingenieurkammer-Bau NRW (GeschO VVIngK)	451
7. Hauptsatzung der Ingenieurkammer-Bau NRW (HS IngK)	456

§ 1 Baukammern und Mitgliedschaft

- b) die Berufsbezeichnung nach § 1 Absatz 1 des Ingenieurgesetzes vom 5. Mai 1970 (GV. NRW. S. 312) in der jeweils geltenden Fassung zu führen berechtigt ist.

Über die Aufnahme freiwilliger Mitglieder entscheidet der Vorstand, soweit er keine abweichende Festlegung trifft. § 29 gilt entsprechend.

(6) Die gleichzeitige Mitgliedschaft in beiden Baukammern ist zulässig.

I. Baukammern als Körperschaften (Abs. 1)

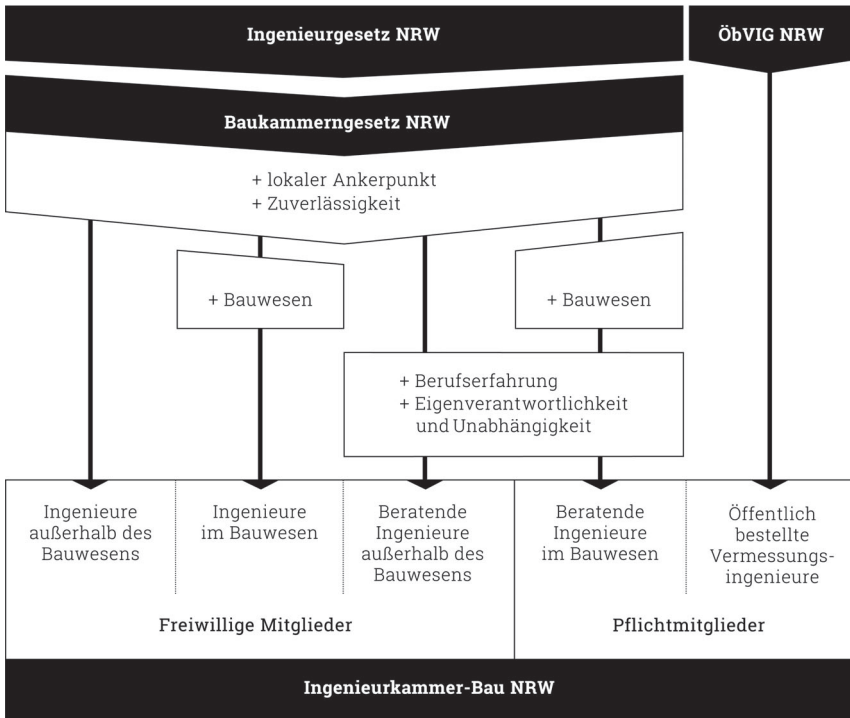
- 1 Wesentliche Leitmotive des Baukammerngesetzes waren und sind der Schutz der jeweiligen Berufsbezeichnungen sowie dem Berufsstand auf rechtlichem Fundament eine Institution zur eigenverantwortlichen Erledigung berufsständischer Angelegenheiten einzurichten.
- 2 Die Baukammern beruhen als öffentlich-rechtliche **Personalkörperschaften** auf der Entscheidung des Gesetzgebers, für die Berufsgruppen jeweils eine berufsständische Vertretung mit Aufsichtsfunktion einzurichten. Mit der Legaldefinition in Abs. 1 Satz 1 stellt der Gesetzgeber neben dem Körperschaftsstatus klar, dass zwei verschiedene Körperschaften – die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen – bestehen. Obgleich die Baukammern aus den ihr gesetzlich zugeordneten Mitgliedern gebildet werden und von diesen getragen werden, bestehen sie unabhängig vom Ein- oder Austritt der einzelnen Mitglieder.¹ Durch die gesetzliche Verleihung des Körperschaftsstatus erhalten die Baukammern ihre Rechtsfähigkeit, können am Rechtsverkehr teilnehmen, Träger von Rechten und Pflichten sein, Klagen erheben und Adressaten von Klagen werden. Mit der Funktion als **Selbstverwaltungskörperschaften** geht das Recht einher, den ihnen übertragenen Wirkungskreis eigenverantwortlich zu gestalten. Als Behörden sind die Baukammern nach verwaltungsverfahrenrechtlichen Vorschriften berechtigt wie auch verpflichtet und können insbesondere Verwaltungsakte auf Grundlage der ihnen übertragenen gesetzlichen Aufgaben und Befugnisse erlassen.
- 3 Die Baukammern wurden jeweils als einheitliche Landesinstitution für Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Trotz der noch bei der Gründung der Architektenkammer angenommenen möglichen verwaltungstechnischen Erschwerungen wurde für das gesamte Landesgebiet nur eine einzige Kammer eingerichtet und auch auf eine Differenzierung nach Berufsgruppen in mehreren Kammern verzichtet.² In der Zwischenzeit hat sich die Bündelung in einer Kammer bzw. zugehörigen Geschäftsstelle bewährt, was auch auf die inzwischen üblichen digitalen Kommunikationsstrukturen zurückzuführen ist. Die Architekten- wie auch die Ingenieurkammer sind für das Land Nordrhein-Westfalen die gesetzlich legitimierte **Repräsentanz** der Gesamtheit des jeweiligen Berufsstandes.
- 4 Die Baukammern führen jeweils das kleine **Landessiegel** des Landes Nordrhein-Westfalen in abgewandelter Form als Dienstsiegel. Das Siegel enthält das Landes-

¹ *Burgi*, in: Erichsen/Ehlers, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 7 Rdn. 12.

² LT-Drs. 6/1091, S. 37.

ses. Durch die Bestätigung der Löschung und den Wegfall des Suspensiveffekts entfällt rückwirkend die Mitgliedschaft als Grundlage für den Beitragsbescheid. Anspruchsgrundlage für eine Rückerstattung der Kammerbeiträge wäre der öffentlich-rechtliche **Erstattungsanspruch**. Dieser setzt jedoch eine rechtsgrundlose Vermögensverschiebung voraus, an welcher es durch den Beitragsbescheid fehlt. Werden gegen den Beitragsbescheid keine Rechtsmittel eingelegt, so ist dieser unanfechtbar und nachhaltig Grundlage für die getätigte Vermögensverschiebung. Indes kommt es auf die Frage der Rechtmäßigkeit bzw. (nachträglichen) Rechtswidrigkeit des Beitragsbescheids im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruches nicht an.²²

Mitgliedschaft



V. Freiwillige Mitglieder der Ingenieurkammer-Bau NRW (Abs. 5)

In Abgrenzung zu einer Pflichtmitgliedschaft von im Bauwesen tätigen Beratenden Ingenieuren und ÖbVI besteht nach Abs. 5 für zwei weitere Personengruppen die

²² VG Bremen, Urteil vom 11. September 2024 – 5 K 727/22 – Rdn. 18 f.

§ 2 Aufgaben der Baukammern

nahmen, welche die Eigenart, Vielfalt und auch Schönheit der Landschaft gewährleisten, ihrer Erhaltung bzw. Wiederherstellung dienen. Davon umfasst sind ökologische, ökonomische und soziale Aspekte mit dem Ziel, die Nutzungsansprüche des Menschen mit einem natürlichen Landschaftsbild ins Gleichgewicht zu bringen. Die Aufgaben in diesem Bereich reichen von Gestaltung des Lebens- und Wohnumfeldes in Siedlungsräumen bis zur Bewahrung und Entwicklung der natürlichen Umwelt. Die Wahrnehmung der Förderung durch die Kammer erfolgt durch Informationsveranstaltungen und Veröffentlichungen.¹¹

4. Wissenschaft und Technik des Bauwesens

- 7 Die Förderung der **Wissenschaft und Technik des Bauwesens** als Aufgabe der Ingenieurkammer-Bau NRW bezieht sich auf die hierzu geltenden Regelwerke, Methoden und deren Anwendung. Für die Planung und Errichtung von Bauwerken maßgebliche technische Vorschriften unterliegen dem Wandel und werden anhand von Erkenntnissen aus Theorie und Praxis weiterentwickelt. Auch Planungs- oder baubezogene Fertigungsmethoden wie building information modeling (BIM) oder die Verwendung von 3D-Drucksystemen werden weiterentwickelt. Beispiele in diesen Bereich sind das Engagement der Ingenieurkammer-Bau NRW im BIM-Cluster-NRW¹² und die Unterstützung von Hochschulen bei Drittmittelprojekten durch Stellungnahmen. Bei den technischen Bestimmungen haben Erfahrungen gezeigt, dass aus den sehr umfangreichen Regelwerken für einen Großteil der Bauwerke nur ein überschaubarer Teil der Inhalte benötigt wird. Auf Basis dieser Erkenntnis hat die Ingenieurkammer-Bau in Kooperationsprojekten mit Hochschulen **technische Regelwerke** im Holz- und Stahlbau praxisgerecht gestalten lassen und hierzu Veröffentlichungen herausgegeben. Auch ein Forschungsvorhaben zu Möglichkeiten der Reduzierung von CO₂ im Bereich der Tragwerksplanung erfolgt zum Zweck, Wissenschaft und Technik des Bauwesens zu fördern.

II. Pflichtaufgaben (Abs. 1 Satz 3)

- 8 Einheitlich werden darüber hinaus beiden Baukammern übereinstimmend in § 2 Abs. 1 Satz 3 enumerative **Pflichtaufgaben** zugewiesen:

1. Standesvertretung, Standesförderung, Standesaufsicht

- 9 Die Kammern sollen die beruflichen Belange der Gesamtheit ihrer Mitglieder sowie das Ansehen des Berufsstandes wahren, die Mitglieder in Fragen der Berufsausübung beraten und die Erfüllung der beruflichen Pflichten überwachen. Es handelt sich um eine kammertypische **Aufgabentrias** der Standesvertretung, Standesförderung und Standesaufsicht.¹³ Grundlage der Standesvertretung ist die Bündelungs-

11 „Broschüre über Landschaftsarchitektur in NRW“, abzurufen unter www.aknw.de.

12 Siehe <https://bim-cluster-nrw.de/>.

13 Martini, Die Pflegekammer – verwaltungspolitische Sinnhaftigkeit und rechtliche Grenzen, 2014, S. 39 ff.

funktion der Kammern für die Anliegen und Interessen der ihnen zugehörigen Mitglieder. Als Schmelztiegel von Mitgliedern unterschiedlicher Betätigungsart und fachlicher Spezialisierung besteht die Aufgabe der Kammern darin, bestehende Belange zu erfassen, deren Relevanz und Umsetzbarkeit z. B. in themenbezogenen Ausschüssen zu prüfen und die Vereinbarkeit mit anderweitigen Positionen zu ermitteln. Soweit es sich um Anliegen in der Umsetzungshoheit der Kammer handelt, wird sodann das Ob und Wie der Umsetzung bestimmt.

Beispiele hierfür sind die Einrichtung zusätzlicher **Serviceleistungen**, die Bereitstellung von Informationen über die Webseite, das Ausrichten von Veranstaltungen¹⁴, Kampagnen im Vorfeld einer Bürgerbefragung¹⁵ oder der Aufruf zur Teilnahme an einer Demonstration.¹⁶ Ebenfalls umfasst sind gemeinsame Erklärungen z. B. im Vorfeld eines Bürgerentscheids.¹⁷ Erfordert die Umsetzung das Handeln Dritter wie in einem Gesetzgebungsverfahren, adressiert die Kammer Positionen aus der Mitgliedschaft in entsprechenden Stellungnahmen. Für die Standesaufsicht durch Wahrung des Ansehens des Berufsstandes gilt, dass diese Aufgabe gleichermaßen im Interesse der Öffentlichkeit wie auch der sich regelkonform verhaltenden Kammermitglieder durch die Kammer wahrzunehmen ist.¹⁸

10

a) Äußerungen als Aufgabenwahrnehmung

Ein wesentlicher Teil der Standesvertretung erfolgt über Äußerungen der Kammer wie z. B. Newsletter, Schreiben, Gutachten, Informationen auf der Webseite, Kanäle der sozialen Medien, Interviews, Werbung sowie Mitteilungen gegenüber Behörden oder Privaten. Dem zugrunde liegt, in welchem Umfang sich die Kammer bzw. ihr ehren- oder hauptamtlich zugehörige Personen äußern dürfen und welche Grenzen der **Meinungsausübungsbefugnis** von Kammern bestehen.¹⁹ Hintergrund ist die Tatsache, dass die Kammern als mittelbare Landesverwaltung und Teil der staatlichen Organisationsstruktur nicht vom personellen Schutzbereich des Grundrechts der freie Meinungsäußerung nach Art. 5 GG erfasst werden.²⁰

11

14 Zur Ausrichtung eines Sommerempfangs zwecks informeller Kontakte VG Gießen, Urteil vom 29. Juni 2005 – 8 E 3197/03.

15 VG Köln, Urteil vom 3. Mai 2012 – 1 K 2836/11.

16 AGH Berlin, Urteil vom 19. Februar 2020 – II AGH 19/18 – Rdn. 48 f. zum Aufruf einer berufsständischen Kammer für die Teilnahme an einer Demonstration zugunsten einer offenen, demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft.

17 Auch in diesem Fall gelten die Gebote von Sachlichkeit und Neutralität; sind diese nicht gewahrt, weil polemisch-unsachliche Äußerungen getätigt werden, darf sich die Kammer nicht beteiligen oder muss eine bestehende Beteiligung beenden, OVG Hamburg, Beschluss vom 16. November 2016 – 5 Bf 40/16.Z – Rdn. 17 f.

18 LT-Drs. 13/3532, S. 89 f.

19 Zu Äußerungen von Vorstandsmitgliedern innerhalb einer Vorstandssitzung VG Köln, Beschluss vom 27. Juni 2018 – 1 L 641/18.

20 Zum Konfusionsargument *Harding*, NJW 2019, 1910 (1911).

- 12 Anders als grundrechtsadressierte Individuen haben Kammern keine generelle und auch nicht uneingeschränkte Äußerungsbefugnis.²¹ Ihre Meinungsäußerungsbefugnis beruht vielmehr auf der gesetzlichen **Aufgabenzuweisung**; Inhalt, Umfang und Grenzen leiten sich aus dieser ab.²² Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen den Kammern als gesetzlich legitimierten Körperschaften und sonstigen Interessenvertretern im weiteren Sinne. Verbände, die gemeinhin als Vereine organisiert sind, nehmen eine eigene Grundrechtsfähigkeit in Anspruch, können sich allgemein politisch äußern und ihre Ansichten unabhängig von Neutralitäts- oder Sachlichkeitsgeboten auch stark pointiert und zugespitzt äußern.²³ Im Gegensatz dazu verpflichtet die Aufgabe der Interessenvertretung die Kammern, dass sie nicht nur die Interessen einzelner Mitglieder, von Mitgliedsgruppen oder nur ihrer Mitglieder im Blick haben, sondern dass sie die dort bestehenden Interessen in einen Ausgleich zu gesamtgesellschaftlichen Interessen gegenüber Mitgliedern, deren Leistung und Verantwortung bringen und dabei ein höchstmögliches Maß an Objektivität wahren.²⁴
- 13 Für das einzelne Mitglied besteht ein individuelles Recht darauf, dass seine Kammer die **Grenzen der Äußerungsbefugnis** einhält.²⁵ Ist die Kammer ihrerseits an Dachorganisationen wie der Bundesarchitekten- oder Bundesingenieurkammer beteiligt, erweitert sich das Recht darauf, dass auch diese Organisation die Grenzen der Äußerungsbefugnis der Kammern, aus denen sie sich speist, nicht überschreitet.²⁶ Für die Baukammern besteht aus ihrem Aufgabenportfolio eine Äußerungsbefugnis beschränkt auf eine berufspolitische Interessenvertretung. Nur im Rahmen der Wahrnehmung dieser Kompetenz besteht auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung mit entsprechender Äußerungsbefugnis.²⁷ Dabei ist nicht erforderlich, dass es sich um einen Kernbereich der berufspolitischen Interessenvertretung handeln muss.
- 14 Das durch sie repräsentierte **Gesamtinteresse** dürfen die Kammern auch dann durch Äußerungen zur Geltung bringen, wenn berufspolitische Belange nur am Rande berührt sind.²⁸ Daraus ergibt sich jedoch keine inhaltlich oder qualitativ abgestufte Äußerungsbefugnis. Vielmehr besteht auch in den Randbereichen als Erweiterung zur Zuständigkeit im Kernbereich eine uneingeschränkte Befassungs- und Äußerungs-

21 Zu Abgrenzung hoheitlicher und rein erwerbswirtschaftlicher Tätigkeiten BGH, Urteil vom 27. Juli 2017 – I ZR 162/15 – Rdn. 23 f.

22 Heusch, GewArch 2022, 218 ff.

23 BVerwG, Urteil vom 23. Juni 2010 – 8 C 20/09 – Rdn. 40; zum Neutralitätsgebot von Verbänden im Vorfeld von Wahlen Dahns, NJW-Spezial 2021, 126 (127).

24 BVerfG, Beschluss vom 19. Dezember 1962 – 1 BvR 541/57 – Rdn. 23.

25 Zur Übertragbarkeit der IHK-Rechtsprechung auch auf berufsständische Körperschaften des öffentlichen Rechts VG Frankfurt/Main, Urteil vom 27. Februar 2020 – 12 K 1039/19.F – Rdn. 37 ff.

26 Günther, GewArch 2023, 366 ff.

27 Zu der parallelen wirtschaftspolitischen Interessenvertretung einer IHK VG Stuttgart, Beschluss vom 2. Dezember 2021 – 4 K 3287/21 – Rdn. 36.

28 BVerwG, Urteil vom 19. September 2000 – 1 C 29/99 – Rdn. 17.

befugnis.²⁹ Sind die zu vertretenden Interessen im Kern oder am Rand berührt, schließt dies nicht aus, dass zusätzlich zu diesen auch andere Gesichtspunkte in eine Äußerung einfließen dürfen.³⁰ Für die Beurteilung von Äußerungen sind Stellungnahmen mit einzelnen Forderungen wie auch eine nachstehende **Begründung** zu berücksichtigen.

b) Grenzen der Äußerungsbefugnis

Unzulässig, weil nicht (mehr) vom gesetzlichen Aufgabenbereich gedeckt, ist die Betätigung zu **allgemeinpolitischen Fragen**. Die Grenze zwischen diesen und einer Betätigung im noch erfassten Kern- oder Randbereich ist nicht erst dann überschritten, wenn Erklärungen jeglicher Bezug zu den von der Kammer für ihre Mitglieder vertretenen Interessen fehlt. Die Mitglieder der Baukammern bilden hinsichtlich Alter, Herkunft, Art der Tätigkeit und Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse einen **Spiegel der Gesellschaft**. Damit sind kaum politische Entscheidungen vorstellbar, die sich nicht in irgendeiner Weise mindestens auf einen Teil der Mitglieder und deren Interessen auswirken. Beispiele hierfür wären die Einführung eines Tempolimits im Straßenverkehr oder lokal begrenzte Schadensereignisse. Auswirkungen daraus betreffen auch die berufliche Tätigkeit von Kammermitgliedern, wirken jedoch nur als Reflex. 15

Während die Baukammern kein allgemein bildungspolitisches Mandat haben, umfassen die Angelegenheit des Berufsstandes auch die Gewinnung von Nachwuchs und Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen.³¹ Ein Engagement zur Förderung von MINT-Fächern an Schulen (z. B. durch praktische Unterrichtseinheiten), in der universitären Ausbildung (z. B. durch zusätzliche Bildungsangebote oder Stipendien) von Ingenieuren oder der Förderung von Ganztagsbetreuung ist daher vom Aufgabenbereich gedeckt. Auch Umwelt- und Klimaschutz sind abstrakt allgemeingesellschaftliche Themen. Soweit in der Politik und Gesellschaft jedoch Absichten bestehen, bestimmte Anliegen zu erreichen oder Ziele umzusetzen³² und dies durch ingenieurspezifische Tätigkeiten erreicht werden kann, eröffnet dies den Aufgabenbereich. Da die Tätigkeit von Ingenieuren konkreten Einfluss auf eine Vielzahl von Bereichen **auch über den Bausektor hinaus** hat, ergibt sich auch jenseits eines allgemeinpolitischen Mandates ein weitgefächertes **Aufgabenfeld der Ingenieurkammer-Bau**. Generell zunächst allgemeinpolitische Themen wie Rassismus, Gleichberechtigung, Homophobie oder Islamophobie können sich in konkreter Ausprägung z. B. als Faktoren für den Fachkräftemangel bzw. die Fachkräftegewinnung und damit als vom Aufgabenbereich der Kammern gedeckt erweisen. 16

29 BVerwG, Urteil vom 23. Juni 2010 – 8 C 20/09 – Rdn. 25 ff.

30 VG Stuttgart, Beschluss vom 2. Dezember 2021 – 4 K 3287/21 – Rdn. 48.

31 Eine abstrakte Forderung nach mehr Gestaltungsautonomie für Schulen würde daher keine rechtliche Basis haben, BVerwG, Urteil vom 23. Juni 2010 – 8 C 20/09 – Rdn. 36.

32 Z. B. die Reduzierung von CO₂-Emissionen.

Stichwortverzeichnis

Die fettgedruckten Zahlen verweisen auf die Paragraphen, die mageren Zahlen auf die Randnummern.

- Alleininhaber **23** 7 ff.
- Angestellte, leitende **23** 33 ff.
- Ankerpunkt, lokaler **1** 27 ff.
 - Beschäftigungsort **1** 34 ff.
 - Co-Working-Space **1** 36
 - Niederlassung **1** 32 f.
 - Wohnsitz **1** 28 ff.
- Aufsicht, staatliche **4**; **6** 7
 - Adressat **4** 12
 - Amtshaftung **4** 69
 - Angemessenheit **4** 35
 - Anordnungsrecht **4** 59 ff.
 - Aufhebungsrecht **4** 56 ff.
 - Aufklärung **4** 38, 41
 - Auflösung der Vertreterversammlung **4** 66 ff.
 - Aufsichtsbehörde **4** 2
 - Beanstandungsrecht **4** 56 ff.
 - Beauftragter **4** 63
 - Beobachtung **4** 41
 - berufsständische Interessen **4** 21
 - Bevormundung **4** 45, 51
 - Datenschutz **4** 52
 - Dauerrechtsverhältnis **4** 13
 - Demokratieprinzip **4** 7
 - Eignung **4** 33
 - Erforderlichkeit **4** 34
 - Ermessen **4** 20, 26 f., 65
 - Ersatzvornahme **4** 59 ff.
 - Fristen **4** 39
 - Gemeindeordnung **4** 41, 50
 - Gemeinsamer Ausschuss **5** 3 f.
 - Genehmigungsverfahren **4** 48
 - Genehmigungsvorbehalt **4** 47 ff.
 - Haushaltsrecht **4** 23
 - Information **4** 53
 - informelles Handeln **4** 34, 44, 60
 - Kooperationsprinzip **4** 24, 44
 - Körperschaftsaufsicht **4** 5
 - öffentliches Interesse **4** 28, 29
 - Opportunitätsprinzip **4** 26, 58
 - Organkompetenz **4** 20
 - präventive Aufsicht **4** 40, 44 ff.
 - Privatrecht **4** 22
 - Rechtsaufsicht **4** 5, 18
 - Rechtsschutz **4** 49, 69
 - Rechtsstaatsprinzip **4** 8, 36
 - repressive Aufsicht **4** 40, 50 ff.
 - Schutz- und Fürsorgepflicht **4** 9, 11, 13
 - Subordinationsverhältnis **4** 15
 - Unbedenklichkeitszeugnis **4** 49
 - unbestimmter Rechtsbegriff **4** 20
 - Unmöglichkeit **4** 37
 - Unterlassen **4** 59
 - Unterrichtsrecht **4** 51 ff.
 - Verbandsaufsicht **4** 12, 54
 - Verbandskompetenz **4** 20
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz **4** 25, 32 ff., 65
 - Versicherungsaufsicht **4** 3
 - Versorgungswerk **4** 3
 - Vertreterversammlung **4** 54, 66
 - Vorbehalt des Gesetzes **4** 31
 - Vorrang des Gesetzes **4** 8, 31
 - Willkürverbot **4** 36
- Auftraggeber **16** 9; **23** 58
- Ausgleichsmaßnahmen **2** 55 ff.
- Ausschuss **6** 5, 14
 - fakultativ **8** 18 f.; **11** 14
 - Mitglieder **11** 15
 - obligatorisch **8** 17; **11** 14
- Außenstelle der Kammer **11** 5

- Baukultur **2** 2 ff.
- Baukunst **2** 5; **3** 2
- Bauvorlage **33** 188 ff.
- Bauvorlageberechtigung **1** 43; **2** 48 f.;
19 1; **27** 3
- Bauwesen
 - Wissenschaft und Technik **2** 7
- Beitragsordnung **10** 13
- Beitragspflicht **10** 7
- Bekanntmachung **11** 18 ff.
- Beratung der Mitglieder **2** 34
 - Auskünfte **2** 36
 - externe Rechtsberater **2** 39
 - Rechtsdienstleistung **2** 37 f.
- Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/
EG **20** 20 ff.
 - Ausgleichsmaßnahmen **2** 55; **27** 11,
14
 - Datenübermittlung **13** 27 f.
 - Vorwarnmechanismus **27** 1 ff.
- Berufsaufgaben **16** 1 ff.; **23** 1 ff.
 - geistig-schöpferische Tätigkeit **16** 9;
23 59 f.
- Berufsbezeichnung, geschützte **17** 1 ff.;
19 9; **24** 1 ff.
 - Architekt **17** 3 ff.
 - Garten- und Landschaftsarchitekt
17 6
 - Innenarchitekt **17** 3 ff.
 - Junior-Architekt **17** 7 f.
 - Landschaftsarchitekt **17** 3 ff.
 - Stadtplaner **17** 3 ff.
 - Wortverbindungen **24** 10
- berufsgerichtliche Maßnahmen **36** 1 ff.
- Berufsgerichtsbarkeit **35**; **37**; **38**; **39**;
40
 - Antragsbefugnis **35** 5 ff.
 - Beisitzer **40**
 - Berufsrichter **39**
 - Besetzung **38**
 - erfasster Personenkreis **35** 1 ff.
 - Landesberufsgericht **37** 2; **38** 2
 - Selbstreinigung **35** 6
 - Verfahrensinstanzen **37**
- Berufshaftpflichtversicherung **30** 10;
33 48 ff.
 - Jahresversicherung **30** 15
 - Mindestversicherungssumme **30** 11
 - Objektversicherung **30** 15
 - Personenschäden **30** 11
 - Selbstbehalt **30** 12 ff.
 - sonstige Schäden **30** 11
- Berufspflichten
 - Achtung von Rechtsgütern **33** 27 ff.
 - Anfragen der Kammer **33** 10 f.
 - angemessene Honorare **33** 145 ff.
 - Auftraggeberinteressen **33** 33 ff.
 - Bauordnungsrecht **33** 18 f.
 - Bauvorlagen **33** 188 ff.
 - Beachtung des Rechts **33** 13 ff.
 - Berufshaftpflichtversicherung
33 75 ff.
 - Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/
EG **33** 231 ff.
 - Fort- und Weiterbildung **33** 48 ff.,
226 ff.
 - geistiges Eigentum **33** 162 ff.
 - Generalklausel **33** 6
 - Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse
33 44 ff.
 - gewissenhafte Berufsausübung
33 6 ff.
 - HOAI **33** 145 ff.
 - Kollegialität **33** 203 ff.
 - Leistungsstörungen **33** 9, 14 ff.
 - MiStra **33** 23
 - Planungswettbewerb **33** 130 ff.
 - Rechtsdienstleistungen **33** 17
 - Social Media **33** 126 ff.
 - Straftaten **33** 25
 - Unschuldsvermutung **33** 21
 - Unterschrift **33** 184 ff.
 - Vorteilsnahme **33** 153 ff.
 - Werbung **33** 106 ff.
 - Wettbewerb **33** 106 ff.
- Berufspraktikum **27** 14

- Berufsqualifikationen **2** 55 ff.
 Berufsvergehen **34**
 – Ermittlungsverfahren **34** 8 ff.
 – Sanktionsinstrumente **34** 1 ff.;
36 1 ff.
 – Verjährung **34** 13
 Bescheinigungen **2** 51 ff.
 Bestellung, öffentliche **2** 66 ff.
 Bundesingenieurgesetz **1** 10 ff.
 Bundesingenieurkammer **2** 13, 22 f.,
 102
 Bürgerpostfach, elektronisches **2** 71
- Daten **13** 1 ff.
 – amtlicher Verkehr **13** 7
 – Auskünfte **13** 16
 – Auskunftsverweigerungsrecht **13** 14
 – berechtigtes Interesse **13** 20
 – Berufsanerkennungsrichtlinie **13** 27
 – Datensparsamkeit **13** 29 ff.
 – Datenverarbeitung **13** 11 ff.
 – Führungszeugnis **13** 14
 – Hinweisgeber **13** 10
 – Informationsaustausch **13** 25
 – Löschung **13** 34
 – Pflicht zur Verschwiegenheit **13** 2 ff.
 – Veröffentlichung **13** 17
- Dienstleister, auswärtige **18** 1 ff.;
25 1 ff.; **26** 18
 Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG
33 231 ff.
 Dienstsiegel **1** 4
- Ehrenamt **6** 13
 Eigenverantwortlichkeit **23** 5 ff.;
33 239
 Eintragung **20** 1 ff.; **27** 1 ff.
 – Architektenliste **20** 7 ff.
 – Land, Eintragung in einem anderen
27 18
 – Liste der Beratenden Ingenieure und
 Beratenden Ingenieurinnen **27** 6 ff.
 – Normstruktur **20** 3 ff.
 – Verfahren **27** 19 ff.
 – Versagung **22** 2 ff.; **29** 2 ff.
 – Vorbehalt **24** 4
 Eintragungsausschuss **8** 17; **14** 1 ff.;
15 1 ff.
 – Antragstellung **19** 14 ff.
 – Aufsicht **14** 3
 – Berichterstatter **15** 12
 – Besetzung **14** 5
 – Bestellung **14** 8
 – Ehrenamtlichkeit **14** 2
 – gerichtliche Vertretung **15** 18 ff.
 – Geschäftsstelle **15** 2, 8
 – Inkompatibilität **14** 6
 – Kompetenzen **15** 13
 – Sitzungen **15** 3, 7 ff.
 – Terminierung **15** 13
 – Unabhängigkeit **14** 2; **15** 5 f.
 – Verfahren **15** 3 ff.
 – Verschwiegenheitspflicht **15** 7 f.
 – Vorsitzender **15** 11
 – Weisungsfreiheit **15** 5 f.
 – Zuständigkeit **19** 12 f.; **26** 22 f.
 Entschädigung **6** 15; **8** 20
- Fachlisten **26** 20 f.
 Finanzen **12** 1 ff.
 – Gebot der Jährlichkeit **12** 21 f.
 – Gebot der Schätzgenauigkeit **12** 34
 – Immobilien **12** 27 ff.
 – Kapitalbildung **12** 13 f.
 – Kredite **12** 15
 – Mitgliedsbeiträge **12** 2, 35 ff.
 – Mittelverwendung **12** 11
 – Rechtsschutz **12** 9
 – Rücklagen **12** 15 ff.
 – Sponsoring **12** 38 ff.
 – vorläufige Haushaltsführung **12** 8
 – Wirtschaftsplan **12** 3 ff.

- Fort- und Weiterbildung **2** 54;
33 48 ff., 226 ff.
– Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen **33** 63 f.
– Ausnahmen **33** 54
– Fort- und Weiterbildungsordnung **33** 52
– Fortbildungseinrichtungen **33** 63
– Nachweis **33** 65
– Sanktion **33** 71 f.
– Stichprobe **33** 66
– Themen **33** 62
– Umfang der Fortbildungspflicht **33** 60
- Fort- und Weiterbildungsordnung **10** 22
- Fortbildungspflicht **10** 23
- freier Beruf **5** 18; **31** 1 f.
- Freistellung **6** 16
- Gebührenordnung **10** 15 f.
- Gemeinwohlbezug **33** 2
- Gerichtsstand **11** 3
– Anstellungsvertrag **9** 19
– Beendigung des Amtes **9** 19
– Bestellung **9** 19
– Dienstvorgesetzter **9** 21
– Hauptgeschäftsführer **9** 20
– Status **9** 18
– Weisungsbefugnis **9** 21
- Geschäfte der Kammer **9** 14
- Geschäftsführer **6** 6; **9** 18 ff.
- Geschäftsstelle der Kammer **9** 21
- Geschäftsstelle des Eintragungsausschusses **15** 2, 8
- Gesellschaft **30** 1 ff.
– Firmierung **30** 3, 6 ff.
– Gesellschaftsrecht **30** 1
– Kapitalanteile **30** 23
– Mitglied einer Baukammer **30** 7
– Namensaktien **30** 28
– Niederlassung **30** 9
– Prüfungsschema **30** 9 ff.
- Gesellschaften, auswärtige **31** 1 ff.
- Gesellschaftsvertrag **30** 17 ff.
– Berufspflichten, Beachtung durch die Gesellschaft **30** 30
– Inhalt, zwingender **30** 17
– Unternehmensgegenstand **30** 19 ff.
- Gesellschaftsverzeichnis **19** 9; **24** 8; **26** 19
- Gesetzgebungskompetenz **1** 4, 10 ff.
- Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, Anerkennung **27** 12
- Grundstücksgeschäft **8** 16
- Haftung **9** 10
- Hauptorgan **6** 2 f.
- Hauptsatzung **8** 28 ff.; **11** 1 ff.
- Haushalts- und Kassenordnung **10** 17, 21
- Haushaltsplan **10** 21
- Heilberufsgesetz **41**
- HOAI **33** 115, 145 ff.
- Hochschullehrer **23** 45 ff.
- Ingenieurakademie **33** 63
- Ingenieurgesetz NRW **1** 13
- Inkompatibilität **6** 7
- Jahresrechnung **8** 7
- Junior-Mitgliedschaft **1** 8, 15; **2** 59
- Justizpostfach **2** 69
- Kfz-Prüfingenieure **33** 124
- Kollegialorgan **6** 2
- Kreationsorgan **6** 3; **8** 11

- Landeshaushaltsordnung **10 29**
 Legitimation, demokratische **6 3**
 Leitungsorgan **6 2**
 Liste der Beratenden Ingenieure und Beratenden Ingenieurinnen **24 5, 11 ff.**
 Löschung **1 19; 22 2 ff.; 29 21 ff.**
 – gebundene Entscheidung **29 22**
 – Gesellschaftsverzeichnis **30 50 ff.**
 – maßgeblicher Zeitpunkt **29 28**
 – Mitgliedspflichten, Verletzung **29 34 ff.**
 – Suspensiveffekt **1 21 f.**
 – Täuschung **29 30 f.**
 – Verfahren **29 38 ff.**
 – Verhältnis zu §§ 48, 49 VwVfG NRW **29 45 f.**
 – Vermögensverfall, nachträglich eingetretener **29 25 ff.**
 – Zustellung **1 19 f.**
- Mandat, allgemeinpolitisches **8 2**
 Medien, digitale **2 27 ff.; 33 126 ff.**
 Meinungsäußerung **2 11 ff.; 33 215**
 – Dachorganisation **2 23**
 – digitales Hausverbot **2 30**
 – Gesamtinteresse **2 14**
 – Kanäle **2 11**
 – Neutralitätsgebot **2 21**
 – Rechtsschutz **2 24 ff.**
 – Sachlichkeit **2 17**
 – Social Media **2 27 ff.**
 – widerstreitende Positionen **2 18**
 Mitgliederklage **10 34**
 Mitgliederpflichten **11 8 f.**
 Mitgliederverzeichnis **24 5**
 Mitgliedschaft
 – Doppelmitgliedschaft **1 44**
 – freiwillige Mitgliedschaft **1 23**
 – Pflichtmitgliedschaft **1 16 ff.; 2 44**
- Nebenwohnsitz **27 8**
- Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure **1 18**
 Ordnungswidrigkeit **27 5; 42**
 Organ **6 1**
 Organisationsstatut **11 1**
 Organisationsstruktur **2 103**
 Organstreitigkeit **6 19; 10 33**
 Organwalter **6 1**
- Partnerschaftsgesellschaften **1 17; 31 1 ff.**
 – mit beschränkter Berufshaftung **31 15 ff.**
 Pflichtmitgliedschaft, unechte **27 2**
 Planungswettbewerb **2 91 ff.; 33 130 ff.**
 – Adressatenkreis **33 133**
 – Preisgericht **33 143**
 – Registrierung **33 137 f.**
 – Richtlinie **2 95 f.**
 – RPW 2013 **33 135**
 – vergaberechtliche Bedeutung **33 131 f.**
 – Wettbewerbsbekanntmachung **33 141**
 Präsident **9 3**
 – Vertretungsmacht **9 9**
 – Vizepräsident **9 3**
 Preisrecht **33 114 f.**
 Prozessstandschaft **6 20**
 Prüfsachverständige (staatlich anerkannte Sachverständige) **1 42; 2 45 f., 75 ff.**
- Qualifizierte Tragwerksplaner **1 43; 2 47; 19 1**
- Rechnungsprüfer **8 8**
 Rechtsdienstleistungen **2 37 f.; 33 17**
 Rechtsverordnungen **43**
 Register **19 1, 10 f.**

- Sachverständige **2** 66 ff.
Sachverständigenausschuss **8** 17
Sachverständigenordnung **10** 18 f.
Satzung **8** 3 ff.; **10** 1 ff.
– Änderung **8** 4, 6
– Aufhebung **8** 4
– Ausfertigung **10** 6
– Autonomie **10** 1
– Berufsausübungsregelung **10** 3
– Bestimmtheit **10** 3
– Ermessen **10** 25, 27
– fakultative **8** 5; **10** 24 f.
– formelle **10** 2, 21
– Genehmigung **10** 6
– Genehmigungserfordernis **10** 26 ff.
– Hauptsatzung **8** 28 ff.
– obligatorische **8** 5; **10** 7 ff.; **11** 1
– Rechtsformenmissbrauch **8** 5
– Rechtsschutz **10** 30 ff.
– Satzungsautonomie **10** 1
– Verfahren **10** 5 f.
– Veröffentlichung **10** 6
– Vorbehalt des Gesetzes **10** 3, 24
Satzungsautonomie **10** 1
Schlichtungsordnung **10** 20
Schlichtungsstelle **10** 20
Schriftformerfordernis **9** 23 ff.
Selbstorganschaft **6** 5 f.
Signatur, qualifizierte elektronische **2** 80 ff.
Sitz der Baukammer **11** 3 f.
Social Media **2** 27 ff.; **33** 126 ff.
Städtebau **2** 6
Standesaufsicht **2** 8 f.
– Hinweisgeber **2** 41
– Vertraulichkeit **2** 43
Standesvertretung **2** 8 ff., 33
Standesicherheitsnachweise **19** 1
Streitbeilegung **2** 63 ff.
Übergangsvorschriften **44**
Überhang, berufsrechtlicher **36** 24 ff.
Unabhängigkeit **23** 48 ff.; **33** 240
Unterschrift **33** 199
Unzuverlässigkeit **27** 17; **29** 3 ff.
– Insolvenzpläne, bestätigte **29** 14
– Sanierungskonzept, tragfähiges **29** 12
– Schuldenbereinigungspläne **29** 14
– sozialversicherungsrechtliche Verpflichtungen, Verletzung **29** 19
– steuerliche Verpflichtungen, Nichtnachkommen **29** 18
– Straftaten, schwere **29** 16
– Tilgungsplan **29** 13
– Vermögensverfall **29** 7 ff.
Urheberrecht **33** 162 ff.
– Arbeitnehmer **33** 174
– Beeinträchtigung **33** 176
– Beispiele schutzfähiger Werke **33** 172
– Formgestaltung **33** 167
– Gestaltungshöhe **33** 168
– Künstliche Intelligenz **33** 163
– persönliche Schöpfung **33** 163 ff.
– Reichweite **33** 173 ff.
Verbandskompetenz **8** 2, 23
Vergabeberater, qualifizierte **2** 92
Vermessungsingenieure, öffentlich bestellte **30** 40 ff.
Verpflichtung zum Amt
– Zuständigkeiten **6** 8 ff.
Versorgungswerk **5** 1 ff.; **8** 21 f.
– Aufsicht **4** 3; **5** 27, 30
– Befreiung von der Deutschen Rentenversicherung **5** 2 f., 7 f.
– Beiträge **5** 12 ff.
– Berufsaufgaben **5** 4 ff.
– Berufsunfähigkeit **5** 20 ff.
– Vertreterversammlung **5** 27
– Zinssatz **5** 15, 17
Vertragsversicherungsgesetz **2** 84 ff.

- Vertreterversammlung **4** 54; **6** 1; **7**
 - Allgemeinheit der Wahl **7** 17
 - Beschlussfähigkeit **8** 29
 - Chancengleichheit **7** 19
 - Delegationsverbot **8** 1
 - direkte Wahl **7** 23
 - Einberufung **7** 36; **8** 30; **11** 10
 - Freiheit der Wahl **7** 24
 - Geheimheit der Wahl **7** 21
 - Geschäftsordnung **7** 37; **8** 33; **11** 11
 - Gleichheit der Wahl **7** 18 ff.
 - Hybridformat **8** 37
 - Hybridwahl **7** 32
 - Informationsrecht **8** 7, 10
 - Kurationsorgan **8** 11
 - Legitimation, demokratische **7** 1, 9
 - Listen, offene **7** 23
 - Listen, starre **7** 23
 - Mandat, gleiches **7** 20
 - Mehrheitserfordernisse **8** 31, 34 ff.
 - Minderheitenschutz **8** 32
 - Nachfolgeregelung **7** 29
 - Niederlegung des Amtes **7** 28
 - Online-Format **8** 37 ff.
 - Online-Wahl **7** 31 f.
 - Organkompetenz **8** 4
 - Rechtsschutz **7** 33 f.
 - Status, gleicher **7** 1
 - Unmittelbarkeit der Wahl **7** 23
 - Verbot der Wahlbehinderung **7** 26
 - Verhältniswahl **7** 15
 - Verlust der Mitgliedschaft **7** 28
 - Wahlausschuss, Ingenieurkammer **7** 32; **11** 16
 - Wahlbekanntmachung **11** 20
 - Wahlberechtigtenverzeichnis, Ingenieurkammer **7** 12
 - Wählerverzeichnis, Architektenkammer **7** 12
 - Wahlordnung, Architektenkammer, Ingenieurkammer **7** 5, 30 ff.; **10** 11 f.
 - Wahlperiode **7** 27 ff.
 - Wahlrecht, aktives **7** 10 ff.
 - Wahlrecht, passives **7** 14
 - Wahlrechtsgrundsätze **7** 9, 16 ff.
 - Wahlvorstand, Architektenkammer **7** 31
 - Zusammensetzung, Architektenkammer **7** 4 f.
 - Zusammensetzung, Ingenieurkammer **7** 6 f.
 - Zuständigkeiten **8**
- Vertretung der Kammer
 - außergerichtlich **9** 9
 - gerichtlich **9** 9
 - repräsentativ **9** 12
 - Zuständigkeiten **9** 8
- Vorbehalt des Gesetzes **10** 3, 24; **11** 7
- Vorstand **6** 1; **7** 2
 - Abberufung, Abwahl **8** 13; **9** 7; **11** 13
 - Dringlichkeitsentscheidung **9** 17
 - Entlastung **8** 15
 - Exekutivorgan **9** 1
 - Geschäftsführung **11** 17
 - Geschäftsführungsbefugnis **9** 13
 - Geschäftsordnung **9** 15 ff.; **11** 17
 - Geschäftsverteilungsplan **9** 17
 - Leitungsorgan **9** 1
 - Nachwahl **8** 14; **9** 7
 - Rechenschaftspflicht **8** 15
 - Verantwortlichkeit **8** 7
 - Vorbehaltsbereich **8** 25 ff.
 - Wahl **8** 11 f.; **9** 5 f.; **11** 13
 - Wählbarkeit **9** 2
 - Zusammensetzung **9** 3 f.; **11** 12
- Wahlausschuss **11** 16
- Weisung **6** 6
- Weiterführung der Geschäfte **6** 12
- Werbung **33** 106 ff.
- Wettbewerbsrecht (UWG) **2** 104, 105, 106
 - Verhältnis zu Berufsvergehen **34** 5
 - Verhältnis zu Ordnungswidrigkeiten **42** 15
- Wirtschaftsplan **10** 21
- Wirtschaftsprüfer, externe **8** 9

Stichwortverzeichnis

Zusammenschluss **23** 13 ff.

– Personenkreis, zulässiger **23** 23 ff.

– Rechtsformen **23** 27 ff.

Zuverlässigkeit **27** 17; **29** 3 ff.